

**Deutsche Justiz-
Gewerkschaft**
**Landesverband Brandenburg e.
V.**
Fachbereich soziale Dienste der Justiz



Mitglied des dbb beamtenbund und tarifunion

Deutsche Justiz-Gewerkschaft LV Brandenburg e. V., Marktplatz 9, 15806
Zossen

www.djg-brandenburg.de

Fachbereichsleiter

Andreas Tobianke

☎ Telefon: 0000

✉ E-Mail: info@djg-brandenburg.de

✉ E-Mail: AndCB@gmx.de

Zossen, 18.02.2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich der diesjährigen Tagung des DJG Fachbereiches möchte ich euch darüber informieren, welche Themenschwerpunkte sich in den Bundesländern zeigten. An diesen Themen soll im nächsten Jahr weiter gearbeitet werden, um gemeinsame Ziele für die ambulante Sozialarbeit in der BwH und GH zu formulieren. Besonders sollen auch die Tarifforderungen, verbunden mit der besseren Bewertung der Stellen in einem eigenen Tarifbereich für die Justiz Beachtung finden. Durch den Bundesvorsitzenden des Fachbereiches Soziale Dienste, B. Kammermeier, wird dies an den DBB zu den nächsten Tarifverhandlungen übergeben.

Es haben sich folgende Schwerpunkthemen ergeben:

1. Entlassungsvorbereitung - Umsetzung in den Bundesländer
2. Entwicklung der Risikobewertung - welchen Einfluss hat diese auf die tägliche Sozialarbeit, Hinweis zur Beteiligung an der Fachtagung 08.03 - 09.3.2018 an der evang. HS in Hamburg
3. Wie ist eine Vergleichbarkeit der Länderstatistiken zu BwH und GH erreichbar. Wie können die unterschiedlichen Arbeitsaufgaben in der Statistik nachvollziehbarer bewertet werden.
4. Organisationsstruktur des Justiz- Sozialdienstes mit unterschiedlichsten Aufgaben (BwH, FA, GH, TOA, Haftentscheidungshilfe, Übergangsmangement, Opferberichterstattung, psychosoziale Prozessbegleitung etc.)
5. Dienstpostenbewertung der Bewährungshilfe nach TVL (Eingruppierung aktuell E 10) und in der Beamtenbesoldung

aktuelle Forderung an den DBB :

- Eintreten für eine Anpassung zwischen der Beamtenbesoldung und den Tarifbeschäftigten (Tarifbeschäftigte müssen nach vorbezeichneten Aufgaben in der Eingruppierung

besser bewertet werden, da Beförderungsämter nicht zur Verfügung stehen. Und in Ländern mit einheitlichem SDdJ vielfältige Aufgaben in einer Personalstelle zusammen gefasst sind. Mindestens Übernahme von Zulagen des Sozialdienstes aus dem TV der Kommunen)

- Stellungnahme zur Risikobewertung in der Bewährungshilfe

(Bezug, Fachtagung Hamburg 2018 "Wissen, was wir tun Haltung und Handeln in der Sozialen Arbeit mit straffällig gewordenen Menschen")

Mit freundlichen Grüßen
A. Tobianke
Bewährungshelfer